

Wer wieder antritt – und wer noch zögert

Die meisten Ostschweizer im Bundesparlament wollen ihren Sitz nächstes Jahr verteidigen. Einige Fragezeichen gibt es aber noch.

Adrian Vögele aus Bern

Noch sind die eidgenössischen Wahlen mehr als ein Jahr entfernt. Doch für die Parteien stellt sich schon jetzt eine zentrale Frage: Wer von den Bisherigen will wieder antreten? Denn eine Wiederwahl ist in der Regel einfacher zu schaffen als die Wahl von neuen Kandidierenden.

In der Ostschweiz beginnt sich die Ausgangslage jetzt zu klären. Der grösste Teil der 26 Parlamentarierinnen und Parlamentarier hat sich entschieden, wie eine Umfrage zeigt.

Klare Sache in beiden Appenzell

Das gilt etwa für die vier Bundespolitiker aus den beiden Appenzell. Der Innerrhoder Mitte-Ständerat **Daniel Fässler** (62) wird sich an der Landsgemeinde 2023 wieder für die kleine Kammer zur Verfügung stellen – sein Entscheid stand bereits im Frühjahr fest. Auch Mitte-Nationalrat **Thomas Rechsteiner** (50), der seine erste Legislatur in Bern bestreitet, nimmt eine weitere Amtszeit in den Blick, wie er sagt: «Aus heutiger Sicht spricht alles dafür, dass ich wieder für den Nationalrat kandidieren werde.»

Schon vor einem Jahr hat der Ausserrhoder FDP-Ständerat **Andrea Caroni** (42) angekündigt, seine Karriere in Bundesbern fortzusetzen und das Ständeratspräsidium 2025 anzupfeilen – vorausgesetzt, die FDP Ausserrhoden stelle ihn in der Zwischenzeit wieder auf und er werde wiedergewählt. Inzwischen ist auch klar, dass SVP-Nationalrat **David Zuberbühler** (43) wieder antritt.

Drei Fragezeichen in St. Gallen

Im Kanton St. Gallen gibt es währenddessen noch Fragezei-



Esther Friedli, Daniel Fässler und Susanne Vincenz-Stauffacher (oben, von links) wollen für eine weitere Amtszeit in Bern kandidieren. Offen ist, ob Lukas Reimann, Edith Graf-Litscher und Paul Rechsteiner (unten, von links) wieder ins Rennen steigen. Bilder: Keystone



chen. Landauf, landab wird spekuliert, ob SP-Ständerat **Paul Rechsteiner** (70) wohl nochmals antritt oder nicht. Er gehört dem Bundesparlament seit 1986 an. Auf seinen Rücktritt hofft insbesondere die SVP, die seit langem versucht, einen St. Galler Sitz im Ständerat zu erobern. Rechsteiners Entscheid ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Hingegen ist zu erwarten, dass Mitte-Ständerat **Benedikt Würth** (54) wieder antritt. Er sagt: «Ich habe mich im Ständerat eingelebt und kann auch Wirkung erzielen.» Zur Kandidatur 2023 werde er sich im vierten Quartal äussern.

In den Nationalratswahlen in St. Gallen holt die SVP regel-

mässig am meisten Stimmen. Spitzenreiter bei der letzten Wahl war **Lukas Reimann**. Jedoch: Ob er für eine weitere Amtszeit kandidiert – es wäre seine fünfte –, ist unklar. «Im Moment kann ich dazu nichts sagen», so der 39-Jährige. Wann er kommunizieren werde, und ob überhaupt, sei offen. Sicher ist: Sein Verhältnis zur Leitung der SVP-Fraktion war in letzter Zeit nicht immer gut. Vor drei Jahren verlor er seinen Sitz in der Staatspolitischen Kommission – und verhehlte seinen Ärger darüber nicht. Laut Reimann war sein Kampf gegen Lobbyisten im Bundeshaus der Grund für den Rauswurf. Die Partei widersprach damals – die SVP habe schlicht weniger

Kommissionssitze zu verteilen als zuvor.

Entschieden haben sich die anderen SVP-Nationalratsmitglieder aus St. Gallen: **Esther Friedli** (45), die den Einzug ins Parlament bei den letzten Wahlen schaffte, obwohl die St. Galler Partei einen Sitz verlor, wird wieder kandidieren. Auch **Roland Rino Büchel** (56) und **Mike Egger** (30) wollen sich wieder zur Verfügung stellen.

Noch nicht sicher ist das bei GLP-Nationalrat **Thomas Brunner** (62). Seine Wahl im Herbst 2019 war für viele St. Gallerinnen und St. Galler eine Überraschung, ausserhalb der Kantonshauptstadt kannte man ihn kaum. Ob er nächstes Jahr wieder antreten wird, ist

noch nicht definitiv entschieden, wie Brunner sagt.

Für **Franziska Ryser** (30) ist hingegen schon jetzt klar, dass sie ihren Sitz für die St. Galler Grünen verteidigen will. Die letzten drei Jahre im Nationalrat hätten ihr gezeigt, «dass mit den richtigen Allianzen eine fortschrittliche Politik möglich ist».

In der FDP hofft man derzeit, dass der Aufschwung der Grünen und Grünliberalen vorüber ist. «Nach dem Linksrutsch bei den letzten Wahlen wird das Pendel 2023 zurückgeschlagen», sagt Nationalrat **Marcel Dobler** (42). Er selber wird wieder kandidieren. Auch **Susanne Vincenz-Stauffacher** (55), die 2019 in den National-

rat gewählt wurde, tritt wieder an.

Dasselbe gilt für die beiden St. Galler Mitte-Nationalräte: **Markus Ritter** (55) und **Nicolo Paganini** (56) stellen sich wieder zur Verfügung. Schon früh für eine erneute Kandidatur entschieden haben sich auch die beiden SP-Vertreterinnen **Barbara Gysi** (58) und **Claudia Friedli** (62).

Thurgau: Herzog verzichtet, Graf-Litscher überlegt noch

Auch im Thurgau haben die meisten Bisherigen ihren Beschluss gefasst: Sowohl **Brigitte Häberli-Koller** (Die Mitte) als auch **Jakob Stark** (SVP) wollen ihren Sitz im Ständerat verteidigen, beide sind 64-jährig. Häberli sagte gegenüber unserer Zeitung, es sei nicht ihr ursprünglicher Plan gewesen, nochmals zu kandidieren. Nach Gesprächen mit der Partei habe sie sich aber dazu entschlossen. Häberli ist seit 19 Jahren Mitglied des Bundesparlaments, demnächst wird sie Präsidentin des Ständerats.

Nicht mehr kandidieren wird SVP-Nationalrätin **Verena Herzog** (66), wie sie am Wochenende mitteilte: «Ich bin keine Sesselkleberin.» Herzog ist seit 2013 im Nationalrat – und mache nun Platz für Jüngere, wie es bei der Kantonalpartei hiess.

Offen ist, ob SP-Nationalrätin **Edith Graf-Litscher** (58) wieder ins Rennen steigt. Sie sagt: «Wir diskutieren zurzeit in der Parteileitung verschiedene strategische Optionen.»

Die anderen Thurgauer Nationalratsmitglieder haben bereits vor einigen Monaten die Absicht angekündigt, ihre Sitze zu verteidigen: Der Grüne **Kurt Egger** (66), Mitte-Politiker **Christian Lohr** (60) sowie **Diana Gutjahr** (38) und **Manuel Strupler** (42) von der SVP.

Gesichtserkennung: Kein Bedarf für kantonale Regelung

Das St. Galler Stadtparlament will die automatische Gesichtserkennung verbieten. So beurteilt Regierungsrat Fredy Fässler den Entscheid.

Christopher Hamburger

Das St. Galler Stadtparlament hat sich am Dienstag mit einer hauchdünnen Mehrheit für ein Verbot der automatischen biometrischen Gesichtserkennung im öffentlichen Raum ausgesprochen. Die Befürworter der Motion argumentierten mit der Wahrung der Grundrechte. Mit automatischer Gesichtserkennung könnten Verbrecher schneller gefasst werden, betonten derweil die Gegner.

Die Kantonspolizei St. Gallen hat in einer Evaluationsphase im Jahr 2019 verschiedene Gesichtserkennungs-Softwares getestet. Nun verwendet sie schon seit einiger Zeit eine Software dieser Art, die bei bereits eröffneten, schweren Delikten wie Raubüberfällen, Tötungsdelikten oder Erpressung zum Einsatz kommt.

Nach dem jüngsten Entscheid erwarte die Kantonspolizei St. Gallen keine Auswirkungen auf ihre Arbeit, sagt Mediensprecher Hanspeter Krüsi. «Wir setzen Software zur Auswertung von Bild und Videodaten im Rahmen von eröffneten Strafverfahren der Staatsanwaltschaft ein.» Dies geschehe auf der Grundlage der Strafprozessordnung, so Krüsi weiter. «Dieses Vorgehen wird durch den Entscheid des Stadtparlaments nicht tangiert.» Mit der Annahme der Motion der Fraktion von SP, Juso und Politischer Frauengruppe wird die automatische Gesichtserkennung spezifisch im öffentlichen Raum verboten. Darunter fallen beispielsweise Videokameras, die biometrische Daten erfassen.

Auch Fredy Fässler, Vorsteher des St. Galler Sicherheits- und Justizdepartementes, be-



Videouberwachung in der Stadt St. Gallen beim Bohl.

Bild: Michel Canonica

tont: «Die Kantonspolizei macht Datenabgleiche, benutzt jedoch keine Gesichtserkennung im öffentlichen Raum.»

Massiver Grundrechtseingriff

Das Verbot des Stadtparlaments bezeichnet Fässler als zukunftsweisend. Es sei sehr wichtig und erfreulich, dass sich das Stadtparlament über das Thema Gesichtserkennung Gedanken mache. Ein vorsorgliches Verbot auf kantonaler oder nationaler Ebene sei jedoch zurzeit nicht nötig, sagt Fässler. Denn: «Der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum ist ein massiver Grundrechtseingriff.» Für den Einsatz solcher Technologien fehle zurzeit die gesetzliche Grundlage. «Die automatische Gesichtserkennung stellt deshalb in der Schweiz aktuell keine Bedro-

hung dar.» Auch Martin Steiger, Sprecher der Digitalen Gesellschaft, findet den politischen Vorstoss zum Thema Gesichtserkennung wichtig. Die Organisation hat sich schon vor dem Entscheid des St. Galler Stadtparlaments für ein Verbot der automatischen Gesichtserkennung und anderer biometrischer Überwachungssysteme engagiert. Steiger sagt: «Wir hoffen, dass der Entscheid in St. Gallen ein Signal für den ganzen Kanton ist.»

Die Digitale Gesellschaft werde bei Bedarf auch auf kantonaler Ebene sowie in anderen Gemeinden und Städten mit politischen Vorstössen gegen Gesichtserkennung aktiv werden. Sie würden sich bereits jetzt mit Klagen gegen die anlasslose und verdachtsunabhängige Massenüberwachung aller Menschen einsetzen, sagt Steiger.